

DISPUT OKTOBER 2011

Halbzeit für Schwarz-Gelb

Zur Bilanz des Wahlzyklus 2010/11

Die zurückliegenden Wahlen fanden unter dem Eindruck einer anhaltenden und sich verschärfenden Finanzkrise («Eurokrise», «Schuldenkrise») bei stabilen ökonomischen und sozialen Verhältnissen in Deutschland statt. Erst im Sommer kippte die Stimmung hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wieder in pessimistische Erwartungen um. Gleichwohl blieb die Auffassung vorherrschend, dass das Land die Krise bislang mustergültig bewältigt habe und der gemeinsame Wohlstand allenfalls durch die Politik anderer (Euro-)Länder bedroht sei.

Die Parteien der Bundesregierung sind gleichwohl die Verlierer des Wahlzyklus. Ihre Krisenstrategie gleicht eher Krisen-Not-Verwaltung ohne einen Schein von Licht am Ende des Tunnels. Das bürgerliche Lager zeigt ideologische Risse und politische Zerrissenheit. Es verbreitet sich der allgemeine Eindruck, dass »die Politik« nicht die Macht oder aber nicht die Energie und den Mut besitze, der Spekulation wirksam Einhalt zu gebieten, dass sie sich von »den Märkten« an der Nase herumführen lasse und trotz allem medial verbreitetem Bescheidwusstsein getriebene statt gestaltende Kraft sei. Am Schulterchluss mit den Banken ändert sich nichts.

Wo die Union in den Ländern regierte, hat sie Stimmen und Ministerpräsidenten verloren, als Oppositionspartei dagegen gewonnen. Ihr Koalitionspartner, von Westerwelle zur Steuersenkungspartei entleert, ist aus mehreren Landtagen rausgewählt worden und in den Umfragen bundesweit unter fünf Prozent gestürzt. Zur Halbzeit der Regierungsperiode sind die regierenden Parteien weit entfernt von einer Umfrage-Mehrheit und von einer Mehrheit im Bundesrat, ohne allerdings eine Blockademehrheit gegen sie fürchten zu müssen. Da die regierenden Parteien keine gemeinsame Strategie besitzen, um aus dem Tief wieder herauszukommen, wird die Furcht vor dem Verlust von Stimmen, Mandaten und Einfluss die politische Experimentierfreudigkeit stärken. Teile spielen mit national-populistischen Strategien («Euro-Skeptiker»), andere bereiten im Zusammenspiel mit dem europäischen Großkapital den Übergang zu einem »autoritären Kapitalismus« vor (europäische Austeritätspolitik nach deutschem Gusto unter der Fuchtel der EU-Kommission), wieder andere mobilisieren Werte des »anständig-bürgerlichen« Kapitalismus gegen die »Gier« und »Unmoral« der Finanzmärkte.

Gegen die Schwarz-Gelben sind die Rot-Grünen, 2009 politisch versenkt, wieder zur politischen Alternative geworden – dank der Stärke der Grünen. Sie stehen dabei für eine »grüne Modernisierung« der kapitalistischen Verhältnisse und verbinden die stofflich-technologische Erneuerung der Produktionsweise (Stichwort: Energiewende) mit einer Wiederbelebung der bürgerlichen Werte des »anständigen Wirtschaftens«, des »ehrbaren Kaufmannes« (neudeutsch: »nachhaltig«) und schlagen so Brücken weit in wertkonservative Milieus. Die rot-grüne Option 2011 wird von anderen gesellschaftlichen Kräften und Vorstellungen angetrieben als diejenige 1998.

Nach der Wahl in Baden-Württemberg erschien es offen, ob die Grünen nicht nur treibende, sondern sogar die stärkere Kraft in einer rot-grünen Konstellation werden könnten. Diese Spekulation hat Klaus Wowereit mit seinem Wahlsieg über Renate Künast zunächst geerdet und dann beendet, als die Grünen in Berlin nicht bereit waren, das zu liefern, was sie in Hamburg, Rheinland-Pfalz und vermutlich auch in Baden-Württemberg lieferten: den Verzicht auf den Widerstand gegen infrastrukturelle Großprojekte.

In der Halbzeitbilanz steht die SPD überraschend gut da: Sie hat als einzige Partei Optionen in alle politische Richtungen. Sie zahlt dafür den Preis, politische Richtungsfragen weiterhin nicht zu beantworten. Wer SPD wählt, weiß am Ende nicht, was er bekommt. Wer SPD wählt, das zeigen die Wahlen insbesondere in Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin,

der wählt kein klares, messbares Programm, sondern erteilt sozialdemokratischen Politikern Vertrauensbeweise oder Vertrauensvorschüsse auf Zeit.

Mit der rot-grünen Option gegen die schwarz-gelbe Regierung erneuert sich das Denken in zwei großen politischen Lagern, das bürgerliche und das linke. Das Fünfparteiensystem hat nicht zu lagerübergreifenden Konstellationen geführt. Weder konnte sich eine Neuauflage des Sozialliberalismus in Gestalt von SPD/FDP-Regierungen entwickeln noch eine stetige schwarz-grüne Option. Tatsächliche oder angedeutete Lagerwechsel zahlen sich für die kleineren Parteien nicht aus, so die Erfahrung der Grünen in Hamburg und Berlin.

Mit den »Piraten« betritt in Berlin eine neue Partei die parlamentarische Bühne. In einem eher visions- und emotionslos geführten Wahlkampf boten sie als neue Partei das Ventil für eine Stimmung des Aufbruchs aus erstarrten, ergrauten Verhältnissen. Wichtiger als die Inhalte war das Neue: jung, unverbraucht, frech, mit neuen Ideen für einen anderen Politikstil der Transparenz, Beteiligung, Offenheit statt fertiger »alternativloser« Konzepte, Berufspolitikertum und Bescheidwisser-Stil. Ob sie gekommen sind, um zu bleiben? Gut möglich, wenn sie ihre Potenziale erfolgreich entfalten: Sie geben sich ausdrücklich fortschrittlich, sie verbinden politischen Liberalismus mit einem Schuss »Kommunismus 3.0« in Fragen des Eigentums an Wissen (»Freiheit des Internet«) und Fortschrittsglaube: Emanzipation, Beteiligung, mehr Demokratie durch technischen Fortschritt, verbunden mit einer ordentlichen Portion Vereinfachung der Lebensbedingungen, Abstreifen traditioneller Fesseln, Gestaltungsoptimismus. Eine soziale Basis wäre vorhanden. Immerhin arbeiten allein in der digitalisierten »Kreativindustrie« über eine Million Erwerbstätige, mehr als in der Autoindustrie. Aufgrund der spezifischen, flexibilisierten Arbeitsweise erscheint der gesicherte Arbeitnehmerstatus früherer Zeiten nicht mehr als ein erreichbares und erstrebenswertes Ziel. Die Orientierung geht mehr in Richtung sozialstaatlicher gesicherter basics für das alltägliche Leben (Grundeinkommen, Wohnen, Verkehr), nach einer gesicherten Grundversorgung mit Gemeingütern, auf der die flexible Lebensgestaltung möglichst regelfrei – und freibeuterisch – aufbauen kann. Insoweit verwundert es auch nicht, dass die Piraten bei den unter 40-Jährigen im Osten Berlins stärker wurden als im Westen. Im Kern haben die Piraten das Potenzial, quasi als Ur-Enkel eines Ralf Dahrendorf den Sozialliberalismus parteipolitisch neu zu begründen.

Und unsere Partei? DIE LINKE kann sich in einer veränderten Parteienwelt bisher mühsam behaupten: Politischer Bedeutungszuwachs in Nordrhein-Westfalen, Stabilität bei sozialdemokratischem Erdrutsch-Sieg in Hamburg, Scheitern der Ministerpräsidenten- und Regierungsbeteiligungs-Wahlkämpfe in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, anhaltende parlamentarisch-politische Bedeutungslosigkeit im Südwesten, Abwahl aus einer Regierungsbeteiligung in Berlin – in der zeitlichen Abfolge betrachtet, überwiegen die Anzeichen sinkender politischer Bedeutung. Hinzu kommt, dass die soziale Verankerung der Partei nicht schnell genug nachwächst, in Hochburgen sogar schrumpft (Kommunalwahlen Hessen, Niedersachsen; Brandenburg, Berlin).

Die Wahlergebnisse spiegeln wider, dass die Konstellationen der politischen Erfolgswelle 2005-2009 nicht mehr gegeben sind. »Kurs halten« ist angesichts der sinkenden Umfragewerte keine besonders attraktive Losung, und wer die Partei gleich »neu erfinden« will, verliert wahrscheinlich mehr, als er gewinnt. Der Schritt von der Sammlungsbewegung zur Partei erfordert das Zusammenspiel verschiedener Gewerke. Und: In einer Gesellschaft, die sich sozial und kulturell weiter ausdifferenziert, kann sich eine neue, eine linke Partei nur erfolgreich zurechtfinden, nur dann Anschluss an das Alltagsbewusstsein halten, wenn diese unterschiedlichen Schichten und Milieus auch in der Partei vertreten und miteinander in Diskussion sind. Der Wahlzyklus stellt zudem eine Reihe von dringlichen Aufgaben.

Wie motivieren wir unser Wählerpotenzial besser? Im Gegensatz zu anderen Parteien geht das linke Wählerpotenzial bei Wahlen, denen es untergeordnete Bedeutung beimisst, viel häufiger nicht wählen. Gemessen an der Stimmenzahl bei der Bundestagswahl erzielten wir bei den nachfolgenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen nur noch 55 Prozent der Bundestagsstimmen, in Sachsen-Anhalt 63 Prozent, in Rheinland-Pfalz 30 Prozent, in Baden-Württemberg 36 Prozent, in

Mecklenburg-Vorpommern und Berlin knapp 50 Prozent. Dieses Mobilisierungsproblem besteht unabhängig von der jeweiligen konkreten Wahlkampfkonstellation. Im linken Wählerpotenzial finden sich viele »flüchtige« Wähler, für die Wählen kein demokratischer Wert an sich ist und die glauben, dass ihre Stimme ohnehin nichts zählt oder nichts ändert. In viel stärkerem Maße als noch 2009 werden wir gerade in den Vierteln und Milieus der von Armut und Ausgrenzung bedrohten und betroffenen Schichten dafür werben müssen, dass wählen gehen doch etwas bewirken kann – wenn man DIE LINKE wählt. Was hier zählt, ist oftmals auch die »kleine« politische Münze.

Wie gewinnen wir jüngere Wähler und Wählerinnen? In Mecklenburg-Vorpommern wurden rund 12.000 Stimmen (-8,7 Prozent) verloren, in Berlin gut 14.000 Stimmen (-7,5 Prozent). In beiden Ländern war die Zahl der seit der letzten Wahl verstorbenen und verzogenen Wähler höher. Für Berlin weist Infratest dimap allein 17.000 verstorbene LINKE-Wähler aus. Allein um stabile Wahlergebnisse zu erzielen, muss das Wählerpotenzial durch Themen und Stil in Richtung jüngere Wähler erweitert werden, ohne allerdings dabei die über 50-Jährigen vor den Kopf zu stoßen.

Was haben wir taktischen Wählern zu bieten? Die Partei kann, das zeigt sich über alle Landtagswahlkämpfe hinweg, von anderen Parteien und von Nichtwählern Stimmen gewinnen – aber auch dorthin verlieren. Die Quote derjenigen, die uns wieder wählen (Verbleibquote), lag zwischen knapp 45 Prozent in Hamburg und Baden-Württemberg und rund zwei Dritteln in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Den größten Wähleraustausch gibt es mit der SPD und den Nichtwählern, die Wechselbewegungen gleichen sich im Saldo oft nahezu aus. Der Austausch mit den Grünen spielt eine deutlich geringere Rolle, außer dann, wenn es um taktisches Wahlverhalten geht wie in Baden-Württemberg. Gefordert ist eine klare Positionierung in Wechselwahlkämpfen. Gleichzeitig kommt es auf eine klare Positionierung im »sozialstaatlichen Lager« im Verhältnis zur SPD an. Offensichtlich sehen die wechselnden Wähler beide Parteien nicht als sich ausschließende Gegensätze, sondern entscheiden sich eher nach taktischen und thematischen Erwägungen.

Wie halten wir Anschluss an den Lebensalltag? Die Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen, aber auch manches Ergebnis in Brandenburg, Berlin und anderswo bleiben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gründe sind schwache Parteistrukturen und ein Mangel an wählbaren Personen vor Ort, wodurch die Partei nicht als eine Kraft im lokalen Nahbereich wahrgenommen wird, sondern lediglich als medial und bundesweit präsente Partei. Zudem stimmen die Verluste in den Hochburgen kommunaler Arbeit bedenklich. Befinden sich Partei und Mitgliedschaft auf dem Rückzug aus dem lokalen Alltag? Die gesellschaftlichen Veränderungen, die wir wollen, erreichen wir nicht in der Partei, sondern nur im »wirklichen Leben«. Der Parteaufbau und die soziale Verankerung von Partei und Mitgliedern im lokalen Alltag, die Verbindung mit dem Alltagsleben und -bewusstsein brauchen einen deutlich höheren Stellenwert in der Parteiarbeit. Nur dann erhält DIE LINKE eine stabile Basis, die auch medialen Stürmen auf der Bundesebene standhält.

Dieser Teil III der Wahlbilanz 2011 für DIE LINKE erschien in der Oktoberausgabe der Mitgliederzeitung DISPU.

<http://www.die-linke.de/politik/disput/archiv/detail/archiv/2011/oktober/browse/1/kategorie/disput/zurueck/archiv-1/artikel/halbzeit-fuer-schwarz-gelb/>